

# 38. Plenartagung

106. Sitzung

17.12.2015

## **TOP 24 - Asylverfahren entlasten / Schutz durch spezifischen Flüchtlingsstatus gewähren**

[http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/38/debatten/top\\_24.html](http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/38/debatten/top_24.html)

Antrag der Fraktion der FDP

"Asylverfahren entlasten und vorübergehenden Schutz durch spezifischen Flüchtlingsstatus gewähren – Gesetzesentwurf zur Gewährung vorübergehenden nationalen humanitären Schutzes beim Bundesrat einbringen"

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3600/drucksache-18-3654.pdf>

### **Drucksache 18/3654**

-----  
**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

**Angelika Beer** [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Ich finde es spannend, ob wir da auf einen gemeinsamen Nenner kommen, was den Gesetzesvorschlag der FDP betrifft. Ich finde es auch gut, dass Sie in allen Bundesländern, in denen Sie vertreten sind, den gleichen Ansatz gewählt haben; denn letztlich geht es darum, dann auch über eine **Bundsratsinitiative** politische Mehrheiten dafür zu finden.

Gleichwohl habe ich Fragen und will auch ein paar grundsätzliche Anmerkungen dazu machen. Ich glaube, dass die aktuelle Diskussion zeigt, dass wir schon wieder geneigt sind, die Dimensionen ein Stück weit zu relativieren. Die **humanitäre Aufnahme der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge** ohne Asylanerkennung ist ja kein neuer Vorschlag. Es ist darauf hingewiesen worden. In den 90er-Jahren wurden circa 350.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen beziehungsweise geduldet.

Wir glauben jedoch nicht, dass sich - und das ist die Frage an Ihre Formulierung - **Anreize zur Minderung des Zustroms** durch die Schaffung und Anwendung neuer Rechtsnormen setzen lassen. Die Frage muss dann schon erlaubt sein - dazu ist dann Zeit im Ausschuss -, was Sie eigentlich mit dieser Formulierung meinen. Ist es eine Umschreibung des Wortes, das wir als PIRATEN immer kritisieren,

nämlich die Abschaffung von Fehlanreizen? - Das ist eine Sprache, die wir ablehnen. Vielleicht versuchen Sie einfach, dafür eine neue Formulierung zu finden, sonst können wir da nicht gut mit umgehen.

Aber die Menschen aus Syrien, aus dem Irak oder aus Afghanistan fliehen vor dem brutalen Krieg zwischen religiösen Fundamentalisten und Militärdiktaturen. Es ist für Schutzsuchende völlig irrelevant, ob sie hier Asyl beantragen müssen oder nur für die Dauer des Krieges beziehungsweise des Bürgerkrieges geduldet werden. Diese Menschen brauchen den Schutz, solange deren Heimat nicht befriedet ist, und wir wissen alle, dass sie, um diesen Schutz zu bekommen, gar nicht nachdenken, ob sie hier einen Asylantrag stellen oder hier geduldet werden. Deswegen ist die Gesetzesinitiative gut und zutreffend. Sie müssen ihr Land verlassen und oft auf lebensgefährlichen Wegen versuchen, ein neues zu erreichen.

Da frage ich aber als Realpolitikerin - und das sind Sie ja auch, Herr Kubicki -: Erwähnen Sie in Ihrem Gesetzentwurf eigentlich nur Syrien und Irak? Wir wissen, dass heute parallel zu dieser Debatte im Bundestag eine Aufstockung des Bundeswehrkontingentes in Afghanistan beschlossen wird, dass nicht mehr die Rede von Truppenabzug ist, sondern aufgrund der zunehmenden Anschläge und Konflikte auch wir uns wieder stärker militärisch in Afghanistan beteiligen. Wollen Sie Afghanistan von vornherein ausschließen? Was machen wir mit den Menschen, die in den Flüchtlingslagern in Jordanien, im Libanon und in der Türkei sind? Fallen die mitunter Ihren Gesetzentwurf, oder wollen Sie diese Menschen entsprechend der Bundesvorstellungen dort mit dem Versprechen festhalten, wenn es zu Hause wieder schön sei, könnten sie wieder über die Grenze zurück? - Das wäre vollkommen unrealistisch. Ich sage ja auch: Ich will jetzt keinen Kleinkrieg über Asyl oder die Schutzgewährungsrichtlinie der EU, die ja Grundlage für diesen Gesetzentwurf ist. Ich fürchte nur, wenn wir uns die Tagesordnung bei dem EU-Gipfel heute und morgen in Brüssel genau zu dieser Thematik ansehen - Pro Asyl warnt davor, dass die Erosion der Menschenrechte vorbereitet werde -, dass wir verdammt die Hacken in den Boden rammen müssen, um das etwas salopp zu sagen. Ich wünsche mir eigentlich, dass wir sofort eine Ausschusssitzung machen können, um das zu beraten. Die Zeit läuft uns davon. Der **Abbau der Grundrechte auf Asyl** geht aufgrund der Renationalisierung innerhalb der Europäischen Union und der fehlenden Solidarität so schnell, dass wir versuchen müssen, noch viel schneller dagegenzuhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ziel unserer gemeinsamen Politik wird es sein und muss es auch weiter sein, auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention und unserem eigenen Grundgesetz diesen Schutz zu gewähren. Deswegen schlagen wir vor, dass wir Ihren Gesetzentwurf im Januar im Innen- und Rechtsausschuss und vielleicht auch im Europaausschuss diskutieren, weil die EG-Richtlinie von Ihnen zitiert und als Grundlage genommen wird. Wir würden es begrüßen, wenn wir da einen Konsens finden, und freuen uns auf die Beratungen.

- Danke für die Aufmerksamkeit.

---

**Beschluss:**

Der Innen- und Rechtsausschuss sowie der Europaausschuss diskutieren das Thema weiter.

---

„Und Angelika Beer (Piraten) forderte, dass nicht nur Syrier und Iraker ein Aufenthaltsrecht bekommen, sondern auch Afghanen und Menschen aus den Flüchtlingslagern in Jordanien und der Türkei.“

[http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/38/debatten/top\\_24.html](http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/38/debatten/top_24.html)